Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 2 (1982)

Heft: 4

Artikel: Parteien adieu! : Einige Bemerkungen zum Strukturwandel von Politik, Psyche und Publikum

Autor: Scheiben, Oskar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652161

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Oskar Scheiben

Parteien adieu!

Einige Bemerkungen zum Strukturwandel von Politik, Psyche und Publikum

„Das Alte, die historischen Strukturen, weisen Risse an ihren Grundmauern auf und werden zusammenstürzen. Die grossen geschichtlichen Gebäude Staat, Familie, Klasse, Volk und Wissenschaft, Kunst und Philosophie beginnen zu wanken. An ihrer Statt errichten sich automatische Apparate und Barbarenhorden, und diese Horden, während sie die ehrwürdigen Gebäude zerstören, strömen in die Apparate. Wir können den ehrwürdigen Gebäuden nicht nachweinen, denn wir sind uns bewusst, dass ihre Ehre und Würde auf Entehrung und Entwürdigung der Menschen beruhen." (Vilem Flusser, Professor für Kommunikationstheorie, Sao Paulo, in NZZ vom 8./9. August 1981)

Krise der Parteien? Zu einem Zeitpunkt, wo wieder einmal, und diesmal mit grösserer Berechtigung als früher, die ersten *Nachrufe aufs Abendland* erscheinen, das „Kursbuch" seinen Leser/innen eine Ausgabe zum Thema „Furcht und Zittern" vor die Füsse knallt, deren bester Beitrag den Titel *„Nehmt Abschied!* Eine Reise in die Nicht-Zukunft" trägt, in so einer Zeit führt der „Wispruch" eine Debatte über die „Krise der Parteien", die nun ins zweite Jahr geht. Die Krise, das unterstellt von seiner Begriffsgeschichte her, die eine medizinische ist, dass der Patient sich in einer zwar heiklen, entscheidenden Phase befindet, er aber durchaus Chance hat, wieder munter zu werden und weiter zu leben. So hat dieses Krisengerede für mein Empfinden einen etwas *euphemistischen* Klang vergleichbar dem leierhaften Gerede über eine Beziehungskrise, wo die Beziehung längst aufgehört hat eine zu sein. Mit ausnehmender Bösartigkeit ausgedrückt: Das andauernde Reden über die angebliche „Krise der Parteien" überdeckt, verdrängt vielleicht sogar das Reden über neue Umstände und Umwelten der Parteien, bei dem eventuell ihre *Nichtfunktion* und *Nichtpraktikabilität* zu nackt und schockierend hervor treten könnten.

Jedenfalls scheint mir, dass in der bisherigen Debatte man sich zu stark auf die Partei und ihre Krise eingeengt hat, wohl etwa noch die Subjekte in ihren Leiden und Freuden als Mitglieder dieser Partei in betracht gezogen, aber zu wenig Interesse gezeigt hat für den Strukturwandel ihres *Kontextes*. In zwei Bereichen, die unmittelbar das Tätigkeitsfeld, die Wirkungsmöglichkeiten und die Erfolgschancen der Parteien betreffen, haben in den letzten Jahrzehnten grundlegende und irreversible Veränderungen stattgefunden:

1. Es ist ein *neuer Politik- und Staatstypus* im Entstehen begriffen, der sich durch einen Funktionsverlust des argumentativen Diskurses, durch Korporatisierung der politischen Entscheidungsbildung und durch eine sachzwangförmige Technisierung der Staatsmaschinerie auszeichnet.
2. Mit dem neuen *„narzistischen" Sozialisationstyp* schwinden die Voraus-

setzungen für ein klassisches politisches Publikum und für parteiförmige Organisation.

„Autoritärer Etatismus": Neuer Politik- und Staatstypus

Die bürgerlich-demokratische Staats- und Politikform des klassischen Zuschnitts, die in Reinheit zwar nie gegolten hatte, nichtsdestotrotz die Realform des bürgerlichen Normalstaates lange Zeit prägte (1), unterstellte wesentlich zwei Dinge:

- Ein Publikum von Privatleuten, das *öffentlich raisonierend*, d.h. den Verstand gebrauchend über die res publica, die allgemeinen Angelegenheiten, debattiert.
- als institutionelle Fassung dieser „bürgerlichen Öffentlichkeit" (Habermas) ein *repräsentatives Organ*, worin das Raisonement zu *allgemeinen und universellen Normen in Gesetzesform* sich niederschlagen und im gleichen Geiste der Überwachung und Kontrolle der ausführenden Staatsorgane dienen sollte.

Die politischen Klubs und (später) Parteien fungierten in diesem System als *Dichtepunkte* von bürgerlicher Öffentlichkeit sowie als *Übertragungs- und Zusammenfassungsinstanzen* von, idealiter gesehen, ideologisch, in der späteren Realität vor allem sozio-ökonomisch homogenen Gruppen und Klassen von Bürger/innen. Spätestens in der Zwischenkriegszeit ist dieses *Idealbild* demokratischer Entscheidungsfindung auch im Bewusstsein der Akteure wesentlich *korrigiert* worden: Die Parteien erschienen – der Schein änderte nicht so sehr das Sein – vermehrt als Vertreter von sozio-ökonomischen Interessengruppen, was unter dem Stichwort der „Verwirtschaftlichung der Politik" von konservativen Liberalen bedauert wurde, sie erhielten zudem unmittelbar offen Konkurrenz von Wirtschaftsverbänden und reformistischen Arbeiterorganisationen. Die neue „realistische Theorie der Demokratie", vornehmlich von amerikanischen Neudenkern formuliert, sah nicht länger Bürgerverantwortlichkeit und weitreichende Teilnahme am öffentlichen Leben als Definitionsmerkmale von Demokratie an, sondern ein vom Stimmvolk jurierter Kampf konkurrierender politischer Eliten, die sich in der Herrschaft ablösten.

Doch erst in der *Nachkriegszeit*, deutlich seit den 60er Jahren, setzt sich in den entwickelten Industriegesellschaften eine *neuartige Staatsform* durch, die augenscheinlich einer neuen Formation angehört. *Nicos Poulantzas*, der allzufrüh aus dem Leben geschiedene marxistische Staatstheoretiker, hat als erster den allgemeinen Chrakter dieses Prozesses erkannt und den neuen Staatstyp provisorisch mit dem Terminus des *„autoritären Etatismus"* versehen (2). Tendenzen dieser neuartigen Staats- und Politikform, die gleichzeitig zu seinen Merkmalen werden, sind:

- *Korporatisierung der Politik*, indem alle relevanten und organisierten sozio-ökonomischen Gruppen ihre Interessen in einem institutionell geregelten Rahmen gegenseitig abwägen und für alle Seiten annehmbare Kompromisse aushandeln.

- Der seit dem 19. Jahrhundert beobachtbare Langzeittrend der *Machtverlagerung* weg von der Legislative hin *zur Exekutive/Verwaltung* beschleunigt sich derart, dass von einem *qualitativen Sprung* gesprochen werden kann. Damit einher geht eine gewaltige Expansion staatlicher Aktivitäten, die in immer mehr Bereiche der sozialen Lebenswelt hineinragen.
- Die Staatstätigkeit wird je länger je weniger von wenigen universalen und formalen Normen gesteuert, über die argumentativ entschieden werden könnte. Vielmehr entwickelt sich der Staat zu einer riesigen *bürokratischen Maschinerie,* die planend und entscheidend *immer weiter in Raum und Zeit vorstösst,* Entscheide auf lange Zeit programmiert und determiniert, die zukünftige Zukunft verplant, bevor diese dem Bürger/der Bürgerin als eine gegenwärtige, d.h. bearbeitbare überhaupt erscheint. Der einzelne punktuelle „Entscheid dieser Staatsmaschinerie ist nicht mehr normativ ableitbar, er ist die Konsequenz komplexer, wenig durchsichtiger Programmierung und erscheint darum dem Bürger/der Bürgerin als *„willkürlich".*

Dieser Strukturwandel des Politischen hat nun allerdings Folgen für die Funktion der „bürgerlichen Öffentlichkeit", von Parlament und Parteien im besonderen. Unmittelbar ist einzusehen, dass Formen raisonnierender, *argumentierender Öffentlichkeit* ihren *Zentralplatz* definitiv *einbüssen* müssen, dass weiter das *Parlament* einen derart *gravierenden Funktionsverlust* erleidet, dass es zu einem folkloristischen Dekorationsstück, zu einer formalen Registriermaschine herabsinkt, herabsinken muss. Überhaupt, und gewiss nicht zufällig, gerät die offizielle Politik zunehmend zu einem *theatralischen Spektakel,* das ebenso wie die Elemente einer unechten, das heisst simulativen Öffentlichkeit den strengen Gesetzen des Showbusiness gehorcht.
Die Rolle *politischer Parteien „an der Macht"* verkehrt sich auf groteske Weise: Nicht länger haben sie Bedürfnisse und Wünsche von Bürger/innen kanalisierend und verdichtend von unten nach oben zu leiten, sondern, umgekehrt, die je schon oben getroffenen Entscheide unten zu propagieren und zu popularisieren; aus Repräsentanten von Segmenten der Öffentlichkeit wird das politische Personal der Parteien, so pointiert Poulantzas, zu *missi dominici* (Kommissare im Auftrage des Herrschers). Die „Kanzlerpartei" Helmut Schmidts war dafür ein sprechendes Beispiel.
Vermögen also die politischen Parteien des Blockes an der Macht, jedenfalls einzelne ihrer Vertreter, qua Zugang zum exekutiven Machtzentrum einen *Teil* ihres politischen Einflusses in *anderer* Form zu wahren, so ist der Funktions- und Machtverlust der *Parteien der Opposition* umso gnadenloser. Ihnen entgehen als Folge der Folklorisierung und Simulierung von Parlamentsbetrieb und politischer Öffentlichkeit nicht nur die ehedem dort wahrgenommenen Beeinflussungsmöglichkeiten direkter und indirekter Art; sogar bei einem *politischen Wechsel* sähen sie sich, aktuell die Regierung Mitterand-Mauroy, in ihren Entscheidungsmöglichkeiten drastisch eingeschränkt durch die sachzwanghaft Realität einer weitausgreifend verplanten und programmierten Zukunft – und des Weltmarktes.
Hier ist zunächst innezuhalten und zu fragen, ob und inwieweit die skizzierten Tendenzen auch für die *Schweiz* gelten. Der besondere Charakter eines nicht an parlamentarische Mehrheiten gebundenen, faktisch *beamtenmässi-*

gen Ministerkabinetts hat die Einflusskanäle der Parteien „an der Macht" nicht derart pervertiert, gewissermassen umgedreht, wie das in parlamentarischen Republiken i.e.S. der Fall ist.
Die *direktdemokratischen Institutionen* bewirkten einerseits, dass ein Anpassungsdruck in Richtung auf *Vollkorporatisierung* des politischen Systems der Schweiz wahrscheinlich *früher und stärker* erfolgt ist, als dies ohne die Referendumsmöglichkeit aller grossen Sozialgruppen der Fall gewesen wäre. Andererseits haben Referenden und Initiativen in den letzten Jahrzehnten den *Zerfallsprozess* der politischen Öffentlichkeit in bestimmter Weise *gebremst*, indem sie gelegentlich breite reale, nicht bloss simulierte, öffentliche Debatten auszulösen imstande waren. Diese Diskurse unterscheiden sich in ihrem themenbegrenzten und punktuellen Charakter von der prinzipiellen Universalität der klassischen bürgerlichen Öffentlichkeit und stellen derart eine *Übergangsform* zum neuen Politiktypus dar. Im übrigen ist der „autoritäre Etatismus" *auch hierzulande* daran, sich *durchzusetzen* oder hat sich bereichsweise bereits etabliert.

Mit der Annahme der sog. *Wirtschaftsartikel* im Jahre 1947 wurden die organisierten Wirtschaftsinteressen auch institutionell in den schweizerischen Staat eingebaut und seither sind, mit und ohne gesetzliche Grundlagen, Prozeduren der „Vernehmlassung" und der „Anhörung" in beinahe allen Bereichen der Staatstätigkeit die Regel, sogar auf der immer wichtiger werdenden *Ebene strikt exekutiver und verwaltungsmässiger Kompetenzen* wie jener der „Ausführungsbestimmungen", „Verordnungen" etc. Das schweizerische politische System funktioniert grundsätzlich ebenfalls *korporatistisch*, wenn auch, wie der Soziologe *Hanspeter Kriesi* festgestellt hat, mit einem deutlich zu geringen Entscheidungsanteil der integrierten Linken. (3)
Nach der Untersuchung von Kriesi ist von den 13 wichtigsten politischen Geschäften auf Bundesebene der Jahre 1971-1976 nur gerade ein *einziges* nicht „vorwiegend oder wesentlich" von den *Verbänden* geprägt worden. Dem Parlament „kommt bestenfalls die Funktion eines *Korrektivs* zu" (Kriesi); auf die Frage, welche Phase bei der Gesetzgebung die wichtigste sei, nannten von 298 zur politischen Elite gehörenden Personen nur gerade 8 % das Parlamentsplenum, 78 % aber die vorparlamentarische Phase. Während das intermediäre System der *organisierten Interessen* vor allem *„prägenden Einfluss"* auf die politischen Geschäfte ausübt, haben der *Bundesrat*, mit einigem Abstand die Verwaltungsbürokratie und die Parlamentskommissionen *„vermittelnden Einfluss"*. Im exekutiven Machtzentrum wird das Aushandeln von „tragfähigen Kompromissen" und „konsensualen Lösungen" besorgt, wie jene die Schweizer Politik kennzeichnenden Vorlagen heissen, die niemandem allzu leidtun, aber auch niemanden freuen. Der Einfluss der im korporatistischen Block zusammengefassten Interessen auf Exekutive und Verwaltung verläuft dabei teilweise über die *allgemeine Verfilzung:* mittels informeller Anfragen, Informationsdiktaten der hochspezialisierten Verbandsbürokratien gegenüber der rückständigen „Milizverwaltung" und auch über den Umweg sich überkreuzender Karrieren.

Die sozialen Mutanten: Schwindende Voraussetzungen für ein politisches Publikum und für parteiförmige Organisation

Ebenso wie im vorigen Abschnitt verzichte ich auch hier darauf, Erklärungen und „Herleitungen" zu liefern für Tendenzen, deren Genesis und Verursachung ja in diesem Zusammenhang weniger interessieren als die Folgewirkungen, die von ihnen ausgehen.
In den letzten Jahrzehnten sind auch die *psychostrukturellen Voraussetzungen* für ein klassisches politisches Publikum und für parteiförmige Organisation ins Wanken geraten, indem bei den Nachkriegsgenerationen die Fähigkeit und der Wille schwindet, gesellschaftlichen Phänomenen ein Interesse abzugewinnen, das über das direkte Erlebnis und die *unmittelbare Betroffenheit* hinausgeht. Der gesellschaftsdominierende Persönlichkeitstyp ist nicht mehr länger die „autoritäre Persönlichkeit", der *anale Macker*, sondern der „Narziss", der *orale Flipper*.
Dieser Wandel in der psychischen Ausstattung zur *Erfahrung von Welt und Zeit* ist in seiner Dramatik kaum zu überschätzen und nur vergleichbar dem Übergang vom mittelalterlichen zum neuzeitlichen Menschentyp. Die *sozialen Mutanten* werden in den jeweiligen Wissenschaften unter verschiedenen Stichwörtern abgehandelt, die jedoch dieselben Veränderungen im Auge haben:
„Ende des ideologischen Zeitalters" *(Aron)*, „Tod des Politischen" *(Baudrillard)*, „Maschinelle Subjektivität" *(Guattari)*, „Alltagsbewusstsein" *(Leithäuser)*, „Neuer Sozialisationstyp" *(Ziehe)*, „Zeitalter des Narzissmus" *(Lasche)*.
So konstatiert heute die Psychoanalyse, deren Klientel sich von den Neurotikern zu den *Narzissen* gewandelt hat, Es-Dominanz und Ich-Schwäche, die Pädagogik Selstwendung und Bildungsunlust und -unfähigkeit, Soziologie und Politologie einen *Verlust des Zeithorizontes* sowie wachsende *politische Gleichgültigkeit* und Unkenntnis. (4)
Die Entwicklung des Politischen verlief dabei mit der ihr eigenen *Paradoxie:* Hätte die zunehmende Komplexität und Unübersichtlichkeit von Entscheidungsfindung „eigentlich" nach den Reduktionsleistungen noch schnittigerer und ausgeklügelterer Ideologien verlangt, so hat das Staatsvolk aus der ihm immer bedrohlicher werdenden Komplexität gerade die gegenteilige Konsequenz gezogen und mit einem einzigen klaren Schnitt die *offizielle Politik* einfach aus der eigenen sozialen Lebenswelt *ausgegliedert*.
So hat die neue Masse weder ein richtiges noch ein falsches oder ein manipuliertes politisches Bewusstsein, sondern im strengen Sinne überhaupt *keines* mehr. Die schweigende Mehrheit *„reagiert"* nur noch ohne Verbindlichkeit und Kontinuität auf einzelne ihr vorgesetzte „Reize", wobei zwar die Reaktion auf den Einzelreiz sozialtechnologisch prognostizierbar ist, nicht jedoch, auf welche Reize überhaupt reagiert wird.
Die klassische bürgerlich-demokratische Politikform verlangte just nach jenem *gesellschaftssynthetischen Denken*, wozu bei den Mutanten die Lust und in gewisser Weise auch die Fähigkeit verloren gegangen ist. In diesem Sinne war auch, wie *Robert Kuster* im „Widerspruch" Nr. 1, S. 67 richtig feststellt, „die Formulierung einer gesamtgesellschaftlichen Strategie" das zentrale Tätigkeitsziel einer politischen Partei. Auch in anderer, ebenso bedeutsamer Hin-

sicht wiederspricht das psychische Profil des Neuen Sozialisationstypus (NST) klar den Anforderungen überlieferter Parteiarbeit, bei der es um den „Verzicht auf individuellen Voluntarismus zugunsten organisierten Handelns" *(Willi Egloff,* ebenda, S. 47) geht, um die Schaffung einer „starken zielgerichteten Organisation", „die über disziplinierte Anhänger verfügt" *(Theo Pinkus,* ebenda, S. 13). Drastisch formuliert: Parteiarbeit im klassischen Sinne bedingte (und bedingt) die systematische *Unterwerfung persönlicher Wünsche, Bedürfnisse und Sehnsüchte* unter die objektiven Notwendigkeiten des Klassenkampfes; eine Unterwerfung, die jenseits von Übertreibungen und bürokratischen Deformationen funktional begründet ist und ihren affektiven Ausgleich für das Subjekt (das Unterworfene) jeweils im Ziel der *allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation* fand, an der dieses dereinst werde partizipieren können.
Der *hedonistische Zug* des oralen Flippers, dessen gesteigerte und sensibilisierte Subjektivität und dessen geringere Bereitschaft zum Triebaufschub, vor allem aber dessen eingeschränkterer Zeithorizont lassen für ihn diese Art politischer Arbeit „undenkbar" werden.
So entvölkern sich zwar die „Volksparteien" zu „Volksparteien im Namen des Volkes – aber ohne Volk" (Kenneth Angst), so wird die *Wachstumsrate der schweigenden Mehrheit* politischer Abstinenz der zur einzigen konstant nach oben zeigenden Wachstumsrate. (5) Doch während also der staatsbürgerliche Privatismus hohe Zeit hat, der Rückzug in die Bunker und Löcher privater Lebens- und Alltagswelten, die nur noch zum Zwecke barster Tauschverrichtungen verlassen werden, zunimmt, entwickeln sich gleichzeitig *neue Formen politischer Aktivität* ausserhalb institutioneller Kanäle und etablierter Organisationen.
Eine Studie von Zürcher Soziologen zeigt, dass sich die *„politische Basisaktivität"* zwischen 1945-50 und 1970-78 ungefähr *verdreifacht* hat. (6) Wohlan, die alte Politik liegt im Sterben, es lebe die neue Politik! Diese neue politische Aktivität ist von ganz anderer Art: ihre Themen liegen mehrheitlich im *Nahbereich unmittelbar Betroffener,* sie wechseln genau so rasch wie die Interessen und wahrgenommenen Bedrohungen der Aktiven, die Kampfkonjunktur ist sprunghaft, gewaltig schwankend von unerwarteten Eruptionen zu lastender Apathie, die Kampfform fantasievoll-wechselhaft und dem direkten Ausleben erlittener Behinderungen, Beschädigungen und Erniedrigungen, von Zorn und Wut, entgegenkommend. Offenbar gerade die *dem NST adäquate Politikform!*
So ist durchaus zu beobachten, dass derselbe neue politische Aktivist hintereinander in der AKW-Bewegung, in der Zürcher Bewegig und der Friedensbewegung mitmacht, aber eben *hintereinander* – im Unterschied zum klassischen Parteiaktivist, der eine Vielzahl von Themen nebeneinander und über einen langen Zeitraum hinweg mit hartnäckiger Kontinuität zu verfolgen imstande war.

„Krise der Parteien": Was nun? Was tun?

So ist die aktuelle „Krise der Parteien", jedenfalls die hier allein interessie-

rende Krise linker Parteien, auf diesem *doppelten Hintergrund* zu sehen, einerseits eines objektiven Funktions- und Einflussverlustes, andererseits des Auftretens neuer politischer Aktionsformen mit unmittelbar grösserer Effektivität und offenbar geringerer subjektiver Frustrationen. Aus diesem letzteren Grund ist es auch kein Zufall, dass Krisen *in* und *der* linken Parteien gerade dann gehäuft auftraten, als die 80er Bewegig wie ein Wirbelwind durch das Land stob bzw. gestoben war. (7)

In praktisch allen Äusserungen, die diese vielen individuellen und organisationellen „Parteikrisen" zum Thema haben, ist von *Unbehagen, Unlust und Resignation* die Rede, öfters auch vom *Aufbegehren* gegen Parteistrukturen, die als beengendes Korsett und als Hemmschuh empfunden werden. Einige dieser von der Krise erfassten Parteiaktiven haben zudem explizit die neuen Politikformen *zum Vorbild* genommen, so *Roman Seiler,* der sich eine bewegungsförmige („autonome") Partei wünscht:

> „Ich will mich von meiner Partei nicht mehr länger geistig kastrieren lassen. Mir hat die Bewegung unter anderem eines gezeigt: Politik kann lustvoll sein, wenn man/frau sich nicht von einem Netz von letztlich bürgerlich bestimmten Normen beschränken lässt. Mit einer 'aufgestellten' Demo oder einem witzigen Happening lässt sich allemal gleich viel Echo erzeugen wie mit einer Petition und anderen parlamentarischen Initiativen, deren Erfolgslosigkeit vorprogrammiert ist und die in den Schubladen der Administration verschwinden."

Oder die *Waadtländer PdA-Aussteiger,* die ihren Parteiaustritt mit diesen wunderschönen Sätzen begründen, die jedem/jeder Bewegten ans Herz gehen:

> „Unsere Demission ist auch Ausdruck des Suchens nach einer neuen Dynamik und auch einer neuen Strategie des Bruches mit allem, was sich versteift und sich institutionalisiert. In einer gewissen Weise haben wir den Guerilla-Kampf gewählt: dass die Bewegung überall sei, an Orten und in Formen, wie sie nicht erwartet wird, überall wo sie stört und wo sie das geringste Risiko eingeht, aufgerieben zu werden."

Was nun? Was tun? *Bewegung und/oder Partei,* gegebenenfalls was für eine Partei? Bevor ich diese Frage nach der Allokation unserer knappen Ressourcen Zeit und Energie anschneide, will ich das Thema des neuen Staatstypus nochmals aufgreifen und eine Differenzierung einführen, auf die auch Poulantzas Wert legt.

Der jetzt von der Bühne abtretende bürgerliche Staat alten Typs pflegte in zwei Formen aufzutreten, in der *Normalform* als bürgerlich-demokratische Republik bzw. de-facto-Republik und den *Ausnahmeformen* des faschistischen Terrorregimes, des bonapartistischen Staates und der Militärdiktatur. Es gibt einige Hinweise, dass auch der *„autoritäre Etatismus"* als *„Normal- und als Ausnahmeform* auftreten kann.

Meine Sympathien für die, im Rückblick sowieso etwas verklärt wirkende , idealtypisierte „bürgerliche Öffentlichkeit" mit ihren argumentativen Diskursen und ideologisch-normativen Debatten eingestanden, will ich doch nicht unterschlagen, dass auch beim neuen Staatstyp *humane Varianten* prinzipiell nicht ausgeschlossen sind.

Vorstellbar wäre etwa eine *rationale Bürokratie* als zweckdienlicher „Verwalter von Sachen und Leiter von Produktionsprozessen" *(Engels)*, die durch Impulse von allen relevanten gesellschaftlichen Kräften *quasi-korporastisch grobgesteuert*, zusätzlich *„wild" kontrolliert* würde. Voraussetzungen wären einerseits, dass dieser Staat vollständig seiner klassenmässigen Herrschaftsfunktion entkleidet würde, andererseits institutionelle Mechanismen eingebaut würden, die seine Kontrolle wirksam erleichterten und förderten, etwa durch Grundlegung und konkrete Ausgestaltung der Norm „Recht auf sozialen Widerstand." Eine solche *wilde" Kontrolle* geschähe mittels moralischer Sanktionen, passivem Widerstand, Streiks, Demonstrationen etc., sie beinhaltete sowohl das *positive* Element der Artikulation von Wünschen und Bedürfnissen wie das *negative* der Verweigerung und des Widerstandes. Die „rationale Bürokratie" wäre kombinierbar mit *basisdemokratischer Partizipation und Selbstverwaltung* in den meisten Bereichen der sozialen Lebenswelt.

Die beiden Voraussetzungen sind zugegebenermassen *„unwahrscheinlich"*, gesellschaftsgeschichtlich waren aber auch die ungleichzeitigen Voraussetzungen bürgerlich-demokratischer Politikformen höchst unwahrscheinlich; erste Ansätze dazu im kommunalen Bereich sind jedenfalls sichtbar. (8)

Die *„Ausnahmeform"* – den drohenden Zeichen nach wahrscheinlicher – wäre jener in den Visionen und in ersten Realisierungen auch in der Praxis bekannte *totale Sicherheits- und Überwachungsstaat*, jenes 1984, Alphaville, etc. Was die neue Ausnahmeform von der alten im Kern unterscheidet, hat *Foucault* in dem bekannten Satz zusammengefasst: „Der Faschismus von *heute* bedeutet nicht mehr die Einnahme des Innenministeriums durch rechtsextremistische Gruppen, sondern die Einnahme des Landes durch das Innenministerium." Der *„technofaschistische"* autoritäre Etatismus hat *keine* faschistische Bewegung mehr als Basis – ein paar Zuhälter, alte Romantiker und verirrte Büblein machen keine Massenbewegung aus. *Aber er braucht auch keine.* Unnötig beizufügen, dass alle technofaschistischen Tendenzen sogleich und überall, mit allen Methoden und mit allen Mitteln bekämpft werden müssen, sein Durchbruch wäre nicht nur das Ende der bürgerlichen Epoche, sondern der *menschlichen Zivilisation* schlechthin.
Auf dem nun notdürftig skizzierten Hintergrund lassen sich einige *Hauptfunktionen* von Parteien und Bewegungen in der Epoche des autoritären Etatismus ausmachen:

- *Linke Parteien* können, sofern sie zum *korporatistischen Block* gehören, dort in beschränktem Ausmass Interessen ihrer Basis einbringen; in der Schweiz betrifft das nur die SP. Alle linken Parteien, auch die *systemoppositionellen*, können durch Ausnützung der Restbestände politischer Öffentlichkeit inkl. Parlament *Widerstand* leisten gegen den Abbau der traditionellen bürgerlichen Rechte und Freiheiten, Bewegungen rechtlich-politisch absichern und diesen zudem als *institutioneller Arm* im offiziellen politischen System dienen.
- Die übrige, punktuell auftretende politische Arbeit, die gewiss den Hauptteil ausmacht, wird günstiger von *Bewegungen und Ad-hoc-Gruppen* ge-

leistet, die erstens in ihren *Mitteln flexibler,* zweitens mit *geringeren Rekrutierungsschranken* behaftet sind und deren Energien drittens *ohne apparatemässigeReibungsverluste* direkt umsetzbar sind. Ihre Aufgaben dürften je nach den Umständen in der oben kurz umrissenen „wilden" Kontrolle der Apparate und in allen *extrainstitutionellen* Formen des Widerstandes gegen den Sicherheits- undÜberwachungsstaatliegen, gegebenenfalls auch darin, diesen unter Ausnützung von Mechanismen und Momenten der *Implosion* (9) listvoll zu *überrumpeln.*

So erscheint insgesamt die künftige Rolle der Parteien *wenig attraktiv,* sie ist und bleibt aber in einer *Übergangsphase* äusserst wichtig, gerade weil sie in ihrer Funktion im Verkettungsrhizom *schwer ersetzbar* ist. Jedenfalls war auffällig, wie im Zusammenhang mit der Zürcher Bewegig linke Sozialdemokraten, die als institutionelle Parteipolitiker fungieren sollten und in dieser Funktion der Bewegig nützlich waren, aus subjektiv nachvollziehbaren Gründen plötzlich aus der Rolle fielen und auch lieber Bewegig markierten. Der pragmatisch ausgerichtete Vorschlag von *Andreas Gross* im „Widerspruch" 1, die Parteimitglieder sollten ihre Energien *hälftig* auf die Partei und auf Bewegungen *verteilen* wäre ein möglicher Ausweg, Aktivisten ihren Verbleib in der Partei erträglicher zu machen.

Von dieser Funktionsbestimmung her lassen sich auch weitere aktuelle Fragen speziellerer Art beurteilen, beispielsweise:

- Sollen linke Sozialdemokraten, undogmatische POCH-, PdA- und SAP-Mitglieder eine *neue linke Partei* gründen? Sowohl hinsichtlich ihrer beschränkten Funktion, ihres tendenziell abnehmenden Rekrutierungsfeldes als auch der grossen Zeit- und Energiemenge, die allein schon ein leerlaufender Parteiapparat benötigt, erscheint ein solches Unternehmen wenig sinnvoll. Bei Marx – als wäre der Zeiger bei 1920 stehengeblieben – und gelte es die ewige *romantische Idee* zu verwirklichen, die USPD (Linkssozialistische Partei in Deutschland 1917-1922) nochmals und wiederum auferstehen zu lassen!
- Soll in der Schweiz eine grosse Grün/Bunte/Alternative Partei aufgezogen werden? Hier gelten zunächst dieselben Argumente, hinzu kommt die Tatsache, dass es sich bei den Grünen etc. um ein *buntscheckiges Gemenge* von SAP bis NA, von Chaot bis Biedermann handelt, das zwar in den punktuellen Zentralfragen der jeweiligen Bewegung einigermassen zusammenlaufende Vorstellungen hat, nicht jedoch in der Vielzahl der *übrigen* Probleme, womit die *offizielle Politik* befasst ist. Die absehbare Folge wäre Zersplitterung und *Organisationsgezänk.* Anders stellt sich die Frage unter Verhältnissen wie in der *BRD,* (10), wo die Kanzlerpartei SPD vor dem Ende nachgerade niemanden mehr vertrat ausser den Staat, den Bewegungen also jeglicher institutioneller Arm und Schirm fehlte. Unter solchen Umständen kann das Aufstellen einer Grünen Liste etc., sofern sie sich nicht als Partei mit Programm, sondern als *lockerer Wahlverein* ohne programmatische Vereinheitlichung und bürokratische Organisation konstituiert, sinnvoll sein.

ANMERKUNGEN

1) Ein kanpper Abriss abendländischer Demokratietheorien und -praxen in derselben Perspektive: O-the-Punk/Redshoe, Zerfall und Rekonstruktion des Politischen — Ein Nachruf aufs Abendland, in: KulturMagazin, Sept./Okt. 1981.
2) Siehe das Kapitel „Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus", in: Nicos Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978.
3) Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik, Frankfurt a.M. 1980.
4) Zum Thema NST wird und ist viel geschrieben worden, darunter auch völliger Quatsch wie etwa von Alice Miller, jedoch nichts, was mich theoretisch voll überzeugt hätte. Lesenswerte Beiträge: Häsing/Stubenrauch/Ziehe, Narziss, Ein neuer Sozialisationstypus, Päd Extra, 1979 sowie, mit teilweise gleichlaufenden Einschätzungen wie der Verf.: Jürgen Oelkers, Der Gebildete, der Narziss und die Zeit, in: Neue politische Literatur, 1980, 4, S. 423ff. — Ich gebe gerne zu, dass ich das Problem NST bislang ebenfalls nicht bewältigt habe. Offenbar gibt es verschiedene Muster des NST, passivere und aktivere. Eindeutig dem NST zuzuordnen, und zwar der „passiven" Variante, sind die „Gaffer" und das Disco-People. Ob aber die Kerngruppe der Punks, eine Spezies die ich ziemlich gut kenne und denen ich, diesen „last human beings", zugetan bin, noch einen Ausläufer der alten Formation, eine Übergangsgruppe oder eine „aktive" Variante des NST darstellen, darüber bin ich keineswegs im klaren.
5) Die Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen betrug 1947 72 %, 1975 52 % und 1979 erstmals und 50 %.
6) Hanspeter Kriesi/René Levy/Gilbert Ganguillet/Heinz Zwicky (Hg.), Politische Aktivierung in der Schweiz 1945-78, Diessenhofen 1981.
7) Zum Fall POP Vaud siehe Widerspruch Nr. 1: zum Austritt von Ueli Pfamatter und Genossen aus der POCH tell Nr. 53, Dez. 1981 und tell Nr. 2, Jan. 1982. Zum Ausschluss, den Ausschlussgründen und -anlässen von Franz Cahannes und Roman Seiler aus der PdA und der Gründung der Dissidentensektion „Sihl" siehe tell Nr. 8 und 9, April 1982, WOZ Nr. 15, April 1982, Widerspruch Nr. 2 (Roman Seiler, „Autonome Subjekte statt Gremien") und Nr. 3. Zu Überdruss und Entmutigung am linken SP-Flügel siehe tell Nr. 6, März 1982.
8) Am meisten meinen Vorstellungen entgegen kommt die politische Praxis der Stadt Amsterdam, wie sie in einem Artikel von Elisabeth Michel-Alder im TAM Nr. 27, Juli 1980, erscheint. — Für marxistisch Ungläubige, denen solches „undenkbar" scheint, zitiere ich aus Werner Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt a.M. 1970, S. 106: „Wirklich dem ganzen Volke mitteilbar ist in allen Gemeinwesen, die den Verhältnissen einer unmittelbaren Marktplatz- und Kantönlidemokratie entwachsen sind, zunächst weder die Funktion der Gesetzgebung noch die der Verwaltung. Im breitesten Umfang demokratisierbar aber ist sogleich die Funktion der Kontrolle. (. . .) Und hierauf werden sich grössere demokratische Hoffnungen für die Zukunft richten dürfen als auf die Gestaltung eines stets mangelhaften formalen Wahlsystems."
9) Dass die schweigende Mehrheit als „schwarzes Loch" in ihrer „Überangepasstheit", Gleichgültigkeit und Unverantwortlichkeit die Achillesferse des neuen Staatstypus darstellt, ist zuerst von Jean Baudrillard vertreten worden. Siehe hierzu auch den in Anm. 1 erwähnten Text.
10) Siehe hierzu als einer der besten Beiträge in der jahrelangen Debatte: Joachim Hirsch/Roland Roth, Eine „neue" Partei — oder keine?, in: links, Februar 1982.